

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Zuwanderungsbehörde bürger*innennah aufstellen**

Text

1 Erste Ansprechpartnerin für Menschen mit ausländischem Pass, die einen Anteil
2 von circa 13 Prozent in Kiel ausmachen, ist die Zuwanderungsbehörde (Immigration
3 Office). Durch den Umzug ins Neue Rathaus ist mehr Platz, um das dringend
4 benötigte Personal einzustellen. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode neue
5 Stellen für ein Welcome Desk geschaffen, durch das kleinere Fragen ohne Termin
6 beantwortet werden können. Die Fluktuation und das Fehlen des Personals führt
7 dazu, dass es viel zu lange dauert, bis Termine vergeben werden (teilweise ein
8 halbes Jahr) und führt zu massiver Überarbeitung der Mitarbeiter*innen. Es muss
9 dringend eine Einstellungsoffensive gestartet werden. Die Arbeit in der
10 Zuwanderungsabteilung muss attraktiver werden. Wir wollen im Dialog mit dem
11 Personal einen Prozess starten, die Arbeitsbedingungen zu evaluieren und
12 Verbesserungen auf den Weg bringen. Wir bitten das Land einen Runden Tisch mit
13 den Zuwanderungsbehörden im Land zu starten, wie diese von Best Practices in
14 anderen Kommunen profitieren können.

15 Weiterbildungsmaßnahmen und Supervision helfen sowohl den Mitarbeiter*innen als
16 auch den Menschen, die dort eine Dienstleistung in Anspruch nehmen wollen. Wir
17 wollen die sprachlichen Kompetenzen der Mitarbeiter*innen genauso stärken wie
18 die Zusammenarbeit mit einem Dolmetscher*innen-Pool verbessern und prüfen,
19 inwieweit eine permanente Verfügbarkeit vor Ort sichergestellt werden kann. Wir
20 wollen auch, dass Fortbildungen zu antirassistischer und
21 diskriminierungssensibler Kommunikation in der Zuwanderungsbehörde verpflichtend
22 werden.

23 Viele Abläufe könnten durch eine Digitalisierung vereinfacht und beschleunigt

24 werden, das gilt nicht nur für die Zuwanderungsbehörde. Die digitale
25 Terminvergabe muss Standard werden. Wir wollen, dass externe Dienstleister*innen
26 wie Sicherheitsunternehmen oder Dolmetscher*innen in der Zuwanderungsbehörde
27 besser in die Verwaltung integriert werden.